

Antrag 301/II/2021
Für die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht in Bezug auf das SARS-CoV-2-Virus

Beschluss: Annahme mit Änderungen

Um die Corona-Pandemie (SARS-CoV-2) langfristig einzudämmen, um den Kollaps des Gesundheitssystems zu verhindern, um alle Menschen zu schützen, sowie um neue Beschränkungen für bereits geimpfte Menschen zu verhindern, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus auf, sich für eine allgemeine Impfpflicht in Bezug auf das SARS-CoV-2-Virus in Deutschland einzusetzen.

Eine Impfpflicht für alle muss ausgewogene Ausnahmetatbestände umfassen und Härtefälle würdigen. Ebenso ist eine Übergangsphase geboten. Weiterhin müssen gleichzeitig niedrigschwellige Impfangebote dringend und flächendeckend ausgebaut werden. Wir stehen solidarisch an der Seite derjenigen, die sich nicht impfen lassen können und werden alles dafür tun, um ihre Gesundheit zu schützen und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Überweisen an

AH Fraktion, Bundesparteitag 2021 (ao), Landesgruppe

Stellungnahme(n)

Stellungnahme der Landesgruppe 2022:

Abgelehnt im Deutschen Bundestag

Beschluss des BPT 2021: Eingereicht, aber nicht zugelassen. Hat bis 10:30 Uhr nicht die erforderlichen 50 Unterschriften auf 5LZ/BZ erhalten.